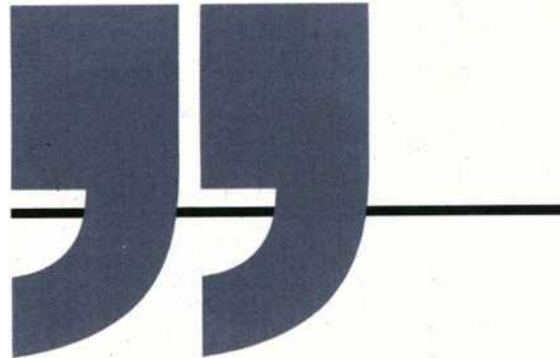




ZITAT DER WOCHE



Bei den österreichischen Politikern herrscht eine Kombination aus Realitätsabstinenz und Reformzölibatismus vor.

Der Industrielle Hannes Androsch geht mit der Bundesregierung hart ins Gericht



Reformbedarf in „Absurdistan“

Hannes Androsch war zu Gast beim RBI Business Lunch und ging mit der Politik hart ins Gericht.



Peter Lennkh, Hannes Androsch und Karl Sevelda diskutierten mit Martina Salomon über den Wirtschaftsstandort Österreich.

VON EDITH UNGER

Der Industrielle Hannes Androsch war zu Gast beim Business Lunch der Raiffeisen Bank International und sprach vor rund 100 Gästen aus Österreichs Wirtschaft mit RBI-Vorstandsvorsitzenden Karl Sevelda und Kommerzkundenvorstand Peter Lennkh über die Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Österreich und dessen Reformbedarf – und ging dabei mit der heimischen Politik hart ins Gericht.

Neben Herbert Stepic sei Hannes Androsch einer jener Pioniere gewesen, die die Chancen in den mittel- und osteuropäischen Ländern vor mehr als 25 Jahren erkannt haben, so RBI-Generaldirektor Sevelda bei seiner Begrüßung. Androsch sei „einer der prominentesten

und kompetentesten Zeitzeugen der 1990er Jahre“ und stelle eine Persönlichkeit dar, die die „Symbiose eines erfolgreichen Wirtschaftspolitikers, Bankmanagers, Industriellen und engagierten Vertreters der Zivilgesellschaft“ verkörpere.

Wie gewohnt nahm sich Androsch auch vor den Gästen der RBI kein Blatt vor den Mund und mahnte in deutlichen Worten einen engeren Dialog zwischen Regierung und Wirtschaft ein. Eine Kombination von „Realitätsabstinenz und Reformzölibatismus“ herrsche bei den österreichischen Politikern vor. Die Bundesregierung übe sich in „Autismus“. Die Gesprächsbasis mit der Wirtschaft sei demnach mehr als schlecht.

Faust und Mephisto

Den Grund dafür sieht Hannes Androsch in den lähmenden – länderorientierten – Machtstrukturen. Die Landeshauptleutekonferenz

habe die Macht übernommen. Die Doppelfunktion von Finanzminister Michael Spindelegger, der gleichzeitig Vizekanzler ist, passt für Androsch nicht: „Das ist, als würde man Faust und Mephisto in einer Person darstellen.“

Um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen, schlägt Androsch ein Reformpaket vor, das vom Bundespräsidenten abwärts bis zu den Sozialpartnern alle mittragen müssten. Punktuelle Maßnahmen, wie sie die Regierung setze, seien nicht sinnvoll. Auch zäume man das Pferd manchmal von hinten auf, etwa bei der Bildungsreform. So sollte eine Änderung des Lehrerdienstrechtes am Ende einer Bildungsreform stehen und nicht am Anfang, kritisierte Androsch: „Wir sind in vielen Bereichen ein Absurdistan.“ Über dieses Reformpaket sollte dann zumindest in Teilen in einer Volksbefragung nach dem Vorbild der Schweiz abgestimmt werden.

Eine Bildungsreform steht für Androsch an erster Stelle der Prioritätenliste, die ein guter Standort Österreich brauche. Bildung sei Voraussetzung für Qualifikation und Innovation, betonte der Industrielle. Nicht weniger wichtig sei das Thema der hohen Arbeitskosten bzw. der „Steuerkeil“: „Die heiße Progression der kalten Steuererhöhung ist aberwitzig“, so Androsch. Auch bei den Energiekosten sieht der Industrielle Handlungsbedarf. Eine Senkung der Lohnnebenkosten über eine Vermögenssteuer zu finanzieren, hält Androsch aber „für einen glatten Blödsinn“. „Das bringt gar nichts. Österreich hat nämlich viel zu wenige Millionäre.“ Eine Erhöhung der Grundsteuer hingegen sei akzeptabel. Aber grundsätzlich sollte die Regierung zunächst die Ausgaben in den Griff bekommen, bevor einnahmenseitig Überlegungen angestellt würden.

Hohe Belastung

RBI-Chef Karl Sevela prangerte erneut die hohe Steuerbelastung der Banken an. Er befürchtet, dass die Einzahlungen in den Banken-Abwicklungsfonds ab 2015 noch zur Bankensteuer dazu kämen und nicht, wie von den Banken gewünscht, von der Steuer abgezogen würden. „Das hemmt die Vergabe von Krediten“, warnte er. Angesprochen auf die Krise in der Ukraine meinte er, das Land sei sowohl auf ein gutes Verhältnis zu Europa als auch zu Russland angewiesen. Zudem müsse Europa in der Ukrainefrage eine eigenständige Position einnehmen.